

## Rheinfelder Montagsdemo



**Liebe Montagsdemonstrantinnen und Montagsdemonstranten,  
ich begrüße Euch zur 264. Montagsdemonstration!**



**Irene eröffnet die 264. Montagsdemo!**

### **Polizeigewalt gegen Antifaschisten**

Ich möchte heute das verschärfte Vorgehen der Polizei gegen Personen mit einer antifaschistisch Grundeinstellung in den Mittelpunkt stellen.

Im vergangenen Oktober haben wir hier eine Solidaritätserklärung verabschiedet. Ina Korntreff Stadträtin in Bitterfeld wurde mit einer Vorbeugehaft belegt. Hintergrund war dass sie gegen den Nazi Aufmarsch in Bitterfeld aufgerufen hatte.

Zur selben Zeit wurde Frau Schoslik wegen eines Zeitungsartikel verurteilt.

In Berlin organisierte der Rebel eine Stadtrallye auf den Spuren des Kapp-Putsches von 1920 und durch gezielten Polizeieinsatz empfindlich gestört.

In Dresden und Berlin ging am 19 Januar die Polizei mit Hausdurchsuchungen, Verhaftungen und Kriminalisierung gegen Aufrufer zu einer antifaschistischen Demonstration vor.

Computer, tausende Plakate die zur Blockade der faschistischen Aufmärsche Aufrufen, wurden beschlagnahmt.

Eine Bundestagsabgeordnete der Linken Dorothee Menzner die mit Jugendlichen in Berlin Plakate auf hingen wurden alle vorübergehend festgenommen.

Das Vorgehen der Polizei löste eine Welle der Solidarität aus. Daraufhin ließ das Landeskriminalamt Sachsen am 24. Januar die Internetseite sperren. Begründung: „Verstoß gegen das Versammlungsgesetz und Aufforderung zur Straftat „

Hintergrund des Polizeieinsatzes ist der 13. Februar 1945 Jahrestag der Bombardierung Dresden.

Die Faschisten nutzen den Tag um den größten Aufmarsch zu inszenieren. Unter dem Ruf ein Licht für Dresden wollen sie von der Verantwortung der Hitler Faschisten für den 2. Weltkrieg mit seinen 50 Millionen Toten, ablenken. Gegen diesen vom Staat geduldeten und unterstützten provokativen Nazi Aufmarsch mobilisieren bundesweit demokratische antifaschistische und linke Kräfte.

Am 20. Januar änderte die sächsische Landesregierung das Versammlungsrecht. Das beinhaltet eine massive Einschränkung der bürgerlichen Demokratischen Rechte.

So reagieren die Regierungen auf die zunehmende Unzufriedenheit der Menschen und die massenhafte Kritik an diesem System.

Der verschärfte Kampf gegen den Linksextremismus wurde ausdrücklich in den Koalitionsvereinbarungen der Regierung aufgenommen, was ein Kurzwechsel zu einem verschärften Vorgehen des Staates gegen die Linke, Marxisten Leninisten Antifaschisten so wie gegen Arbeiter und Volksbewegung einleitet.

Der bevorstehende Polizeieinsatz gegen die antifaschistische Demonstration in Dresden ist ein willkommener Anlass zu einer Bürgerkriegsübung für die Staat und Polizei wie sie gegen Menschenmassen vorgegangen werden kann. Wir müssen uns auf härtere Zeiten einstellen.

**Neue Politiker braucht das Land! Mach mit! Auf zur Montagsdemo!**

*Jeden Montag - 18.00 Uhr - Oberrheinplatz*